

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Konsumentenpolitik.

Sein Mensch wird sagen können, daß bei den bisherigen Maßnahmen zur Sicherstellung unserer Volksernährung das Produzenten- und Händlerinteresse zu kurz gekommen wäre. Wohl aber hätten die Verbraucher schon manches Mal Veranlassung zu Klagen über mangelnde Rücksichtnahme auf ihre berechtigten Forderungen und Wünsche. Die Schuld an diesem Zustand tragen zum größten Teil die Verbraucher selbst. Weil sie es unterlassen haben, sich rechtzeitig eine Organisation zu geben, die mit Entschiedenheit und kluger Mäßigung ihrer Interessen in der Öffentlichkeit und den gesetzgebenden Körperschaften gegenüber sich angenommen hätte, konnte der Einfluß des stark organisierten Handels und der Produzenten so stark überwiegen. Nun ist erfreulicherweise auch hier der Krieg nicht ohne erhebliche Wirkung geblieben. Was in langer Friedenszeit nicht gelingen wollte, hat er fast im Handumdrehen zuwege gebracht, nämlich die Herstellung einer einheitlichen Front der Konsumenten zum Zwecke gemeinsamer Interessenwahrung und als Gegengewicht gegenüber den organisierten Interessensvertretungen des Handels und der Produzenten. Und man muß es dem neugebildeten Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, dem sich, wie unsere Leser wissen, auch unsere Organisation angeschlossen hat, lassen, daß er mit viel Geschick an der Erfüllung dieser seiner Aufgabe arbeitet. Auf dem ihm naturgemäß zunächst liegenden Gebiet, dem unserer Versorgung mit Nahrungsmitteln, hat er sich mit Entschiedenheit gegen alle Preistreiberien gewandt und gangbare Wege zur Mithilfe gewiesen, besonders auch, wie eine gerechte Verteilung der Waren und des Warenverbrauchs erzielt werden kann. Darin liegt überhaupt seine Stärke, daß er weniger in der Kritik als vielmehr in der praktischen, zielweisenden Arbeit das Mittel erblickt, den lange vernachlässigten Konsumenteninteressen die erforderliche Geltung zu verschaffen.

Nun ist inzwischen die Beschlagnahme aller Brotgetreide- und Mehlvorräte und ihre Ueberführung in Reichsbesitz angeordnet worden. Das Gesetz bedeutet in dieser seiner Fassung einen außerordentlichen Erfolg der Bemühungen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen. Bekanntlich standen sich bei Erörterung der Maßnahmen zur Erzielung eines sparsameren Brotverbrauchs zwei Strömungen gegenüber. Während die verbrauchenden Schichten die staatliche Beschlagnahme der Getreidebestände fortdritten, waren kleinere, aber einflussreiche Kreise eifrig am Werke, bei der Regierung eine Erhöhung der Getreidehöchstpreise durchzusetzen. Mit Entschiedenheit hat sich der Konsumentenausschuß gegen die letztere Strömung gewandt. In Eingaben, Presseerörterungen und einer glänzenden Massenversammlung im Circus Busch zu Berlin wirkte er auf die öffentliche Meinung und besonders auch auf die Reichsleitung im Sinne der Errichtung eines staatlichen Getreidemonopols ein. Das war um so notwendiger, als auch in manchen Regierungskreisen eine Zeit lang die Erhöhung der Höchstpreise zum Zwecke größerer Sparsamkeit erwogen wurde und die für diese unsoziale Maßnahme sich einsetzenden Kreise, wie schon erwähnt, recht einflussreich waren. Umso höher kam daher der Sieg der Konsumenten angeschlagen werden.

Noch nach einer anderen Richtung erscheint uns der Erfolg des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen bedeutungsvoll. Die auf seine Anregung und nach seinen Vorschlägen erlassene Verordnung des Bundesrats bedeutet nämlich zugleich auch einen Erfolg des Organisationsgedankens überhaupt. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Entscheidung über die wichtige Frage der Brotgetreideversorgung des deutschen Volkes nicht so günstig für die Verbraucher gefällt worden wäre, wie es jetzt geschehen ist, wenn nur einzelne Verbände sich in der Richtung eines so tiefgehenden Eingriffes in die Privatwirtschaft bemüht hätten. Die rechtliche

Wahrung der Konsumenteninteressen wurde erst möglich durch die festgestellte Organisation der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Konsum- und Frauenvereine sowie der gemeinnützigen sozialpolitischen Körperschaften im Rahmen des Kriegsausschusses. Hier ist der Weg gewiesen, wie auch in der kommenden Friedenszeit das Steuerungsproblem angepackt werden muß, wenn es nicht weiter auf dem Stand niedrigen Parteigeizniss verharren soll, wie das, sehr zum Schaden der Verbraucher, in der Vergangenheit leider der Fall war.

Bei dem erfreulichen Erfolg der deutschen Verbraucher darf es nun aber nicht sein Bewenden haben. Die Bundesratsverordnung bedeutet den ersten Schritt zur Sicherstellung unserer Broterzeugung. Alle weiteren Maßnahmen, insbesondere der Verteilung der Brotvorräte, sind den Kommunalverbänden, also den Städten und Kreisen übertragen worden. Damit diese Verwaltungsorgane der außerordentlich schwierigen Situation besser gewachsen sind, hat der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen zunächst allen deutschen Gemeinden von über 10000 Einwohnern beachtenswerte Vorschläge unterbreitet. Er empfiehlt zunächst im Interesse einer gerechten Verteilung anstelle des bisherigen freien Verkehrs mit Brot und Mehl die Anwendung eines Rationensystems. Dazu ist nötig die Zugrundelegung von Proteinheiten. Alle Erwachsenen und Kinder von mehr als 10 Jahren sind eine ganze Einheit, Kinder von 1-10 Jahren eine halbe Einheit. Jeder Haushalt soll entsprechend der Zahl seiner Einheiten Brotscheine vom Hauswirt oder Verwalter erhalten. Eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern in erwachsenem Alter würde z. B. 3 1/2 Einheiten darstellen, also 3 1/2 Brotscheine bekommen. Sie bestehen aus je einem Stammschein und 4 (bei ganzen) oder 2 (bei halben) Teilscheinen. Die Gültigkeitsdauer beträgt 14 Tage. Nach Ablauf dieser Frist sind die Stammscheine gegen neue (andersfarbige) Brotscheine, entweder wiederum beim Hauswirt oder aber bei allen sonstigen kenntlich gemachten Stellen wie Berufsorganisationen, Firmen usw. auszutauschen. Jeder Teilschein berechtigt zum Kauf eines halben Brotes oder einer festgelegten Mehlmenge. Die Einführung von Einheitspreisen neben Einheitsbrot und Einheitsmehl ist den Gemeinden in den Vorschlägen ebenfalls empfohlen. Nicht benutzte Teilscheine werden von den Behörden gegen einen kleinen Betrag aufgekauft. Die ganze Organisation, wie sie hier vorgeschlagen wird, ermöglicht eine ebenso einfache wie sichere und fast kostenlose Durchführung der Brotverteilung. Dabei verkennen wir allerdings nicht, daß persönliche Unbequemlichkeiten damit verbunden sind. Darüber kommen wir nun einmal nicht hinweg, denn es ist sicher, daß bei Nichtkontrollierung des Einzelverbrauchs bald die ärgsten Missetände einreißen würden, unter denen aus naheliegenden Gründen gerade die minderbemittelten Verbraucherschichten zu leiden hätten.

Weiter scheint es, als wenn die auf eine Verminderung der Schweinebestände abzielende Verordnung des Bundesrats nicht die erforderliche Wirkung gehabt hätte. Das ist um so bedenklicher, als die Maßnahmen zur Streckung des Brotgetreides zum guten Teil versagen müssen, wenn nicht rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden, daß die Kartoffelvorräte nicht vorzeitig ausgehen. In einer Eingabe an den Reichsfinanzminister fordert daher der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen nochmals die schleunige Abschachtung aller überzähligen Schweine. Alle sonst berechtigten Rücksichten müssen eben jetzt zurücktreten hinter der Gefahr, daß infolge weiterer Kartoffelverfütterung an Schweine und dieses wichtigste Nahrungsmittel ausgeht, besonders auch, weil Kartoffeln in noch höherem Maße als bisher zur Streckung unserer Brotgetreidevorräte und als Ersatz für andere Nahrungsmittel Verwendung finden sollen. In diesem Zusammenhang wird auf die geforderte Kartoffelbestandaufnahme hingewiesen, die inzwischen vom Kriegsausschuß des Reichsverbandes deutscher Städte befürwortet worden ist.

Bei Berücksichtigung dieser Wünsche würde auch den von Interessentenkreisen erhobenen Forderung nach einer Verteuerung der Kartoffeln der Boden entzogen werden. — Die vom Reich den Gemeinden zugewiesene Aufgabe, sich mit einem ausreichenden Vorrat an Dauerfleisch zu versehen, wird allerdings kaum in genügendem Maße erfüllt werden, wenn nicht zuvor etwas anderes kommt: Einführung von Höchstpreisen für Vieh, besonders für Schweine. Die fordert denn auch der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen. Tatsächlich sind auf den städtischen Schweinemärkten in letzter Zeit die Preise auf eine Höhe hinaufgetrieben worden, die für die Verbraucher vielfach unerträglich geworden ist. So wurden auf dem Berliner Markt bis 112 Mark für den Zentner Schlachtgewicht gefordert und bezahlt, wohingegen in der Zeit vor dem Kriege die Preise vielfach weit unter 70 Mark standen. Natürlich konnten diese Preistreiberien in ungewöhnlich hohen Kleinhandelspreisen wieder zum Ausdruck. Unter diesen Umständen will der Kriegsausschuß eine obere Preisgrenze, die den Landwirten einen billigen Verdienst gestattet, festgelegt haben, damit es den Gemeinden überhaupt möglich ist, für ihre Konsumenten nach dem Willen der Regierung Fleisch und Dauswaren einzukaufen.

Zur Durchführung der Organisation, wie sie namentlich für den Verkehr mit Brot und Mehl hier vorgeschlagen wird, ist allerdings notwendig, daß alle im Dienste der Verbraucher stehenden Organisationen sich restlos zu Unterstützung ihrer Gemeindeverwaltung bereit finden lassen. Insbesondere haben die dem Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen angeschlossenen Verbände jetzt, nachdem die Regierung gerade ihre Forderung entgegen der anderer Kreise erfüllt hat, die moralische Verpflichtung, für eine lückenlose Durchführung der Bundesratsbestimmungen mit allen Kräften zu sorgen. Es darf daher erwartet werden, daß auch die Vertrauensmänner unseres Verbandes auf dem Posten sind, wenn die Verbandsleitung gemeinsam mit den Stadtverwaltungen ihrer bedarf.

## Förderung des Baugewerbes durch besseren Schutz der Hypothekengläubiger.

Eine Eingabe des Zentralausschusses der Kriegsarbeitsgemeinschaft f. d. B. an das Reichsjustizamt.

Das Baugewerbe hat schon vor dem gegenwärtigen Kriege eine bedeutende Krise aufzuweisen gehabt, die in der Hauptsache wohl von einer sich steigenden Zuvüldziehung des Kapitals von der Verteilung des Grundbesitzes bedingt war. Als eine der für diese Tatsache mitverantwortlich zu machenden Ursachen wurde allgemein der auf Grund der bürgerlichen Rechtsvorschriften dem Hypothekengläubiger zustehende mangelhafte Rechtsschutz erkannt, und demgemäß haben sich schon vor Kriegsbeginn die Verbesserungen der beteiligten Kreise auf eine wirksame Verbesserung des Schutzes der Hypothekengläubiger gerichtet, mit der natürlichen und berechtigten Tendenz, das unter den geltenden Rechtsvorschriften bestehende, unverhältnismäßig große Risiko des Kapitals bei der Grundbesitzübertragung zu vermindern und hierdurch den notwendigen stärkeren Zufluß des privaten Kapitals auf den Bau- und Hypothekemarkt wieder zu ermöglichen. Auf dieser Grundlage und in dieser Richtung bewegen sich die Vorschläge, die dem Reichsjustizamt bereits vor Jahren von den verschiedensten Verbänden unterbreitet worden sind; so z. B. von dem Zentralverband des deutschen Bau- und Bankiergewerbes im Jahre 1910 und 1913, von den Vertretern der Kaufmannschaft von Berlin im Jahre 1913, von dem Verband zum Schutz des deut-



sehen Grundbesitzes und Kredit im Jahre 1913 usw. Auch der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände hat im November 1913 eine Eingabe an das Reichsjustizamt gerichtet, welche einen besseren Rechtsschutz der Hypothekengläubiger gegen Abtretung und Pfändung von Miet- und Pachtzinsen bezweckte.

In Veräuflichung dieser Umstände sah sich die Reichsregierung veranlaßt, im Bundesrat einen Gesetzentwurf betr. Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen einzubringen, welcher auch bereits die Genehmigung des Bundesrats gefunden hat. Inzwischen brach der gegenwärtige Krieg aus, mit der Wirkung, daß die auf den wünschenswerten und notwendigen besseren Schutz der Hypothekengläubiger gerichteten gesetzlichen Maßnahmen der Reichsregierung nicht zur Durchführung gelangten. Eine Anregung der Handelskammer Berlin, den Gesetzentwurf betr. Einschränkung der Mietzinsabtretungen zum Nachteil der Hypothekengläubiger im Wege der Bundesratsverordnung auf Grund des § 3 des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 in Kraft zu setzen, fand seitens des Reichsjustizamtes den Bescheid, daß der erwähnte Gesetzentwurf „Änderungen des bürgerlichen Rechtes herbeiführen will, die ihrer Natur nach nur als dauernde Einrichtung in Frage kommen können. Hieraus ergeben sich schwerwiegende Bedenken dagegen, sie im Wege einer Kriegsverordnung zu treffen“.

Die unterfertigten baugewerblichen Verbände erlauben sich trotz dieser Entscheidung an das Reichsjustizamt die Bitte zu stellen, in Rücksichtnahme auf die derzeitige unhaltbare Lage des Baugewerbes die schon früher ins Auge gefaßte Verbesserung des Rechtsschutzes der Hypothekengläubiger unverzüglich durchzuführen, gegebenenfalls im Wege einer Bundesratsverordnung auf Grund des § 3 des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914. Zur Begründung führen wir an:

Mit Kriegsbeginn hat die private Bautätigkeit vollständig aufgehört. Zum Teil liegt es wohl auch in der Natur der Verhältnisse, daß zu jetziger Zeit ein Bauherr nicht ohne zwingende Gründe das Risiko des Bauens auf sich nimmt, zum guten Teil aber ist hieran die Unmöglichkeit schuld, die zum Bauen notwendigen Bau- und Hypothekengelder zu erlangen. Denn es ist bekannt, daß manche solide private Bauvorhaben einzig und allein infolge der Unmöglichkeit der Finanzierung unterbleiben mußten. Das private Kapital, dessen Tendenz bereits in den vorausgehenden Jahren infolge des ungenügenden rechtlichen Hypothekenschutzes eine stetige Zurückziehung vom Baumarke zeigte, hielt seit Kriegsbeginn noch mehr zurück. Das Kapital bevorzugte andere Anlagearten, bei denen es nicht dem großen Risiko ausgesetzt war, das es bei der Grundstücksbeleihung einzugehen hatte. Wäre jetzt schon ein besserer Rechtsschutz der Hypothekengläubiger gewährleistet, dann hätte es zu einem so vollständigen Versagen der privaten Kapitalquellen nicht kommen können, wie es heute tatsächlich der Fall ist. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß mit dem Augenblick der Einführung eines besseren Rechtsschutzes der Hypothekengläubiger auch das private Kapital sich wieder mehr für den Bau und Hypothekemarkt interessieren wird. Die heutige trostlose Lage

des Baugewerbes aber erfordert eine schnelle Hilfsaktion; denn, wenn schon jetzt infolge der überaus starken Inanspruchnahme des Geldmarktes seitens des Staates, des Reiches usw. das private Kapital dem Baumarke fernbleibt, wie wird die Lage erst nach Beendigung des jetzigen Krieges, wo seitens des Staates, der Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften und nicht zuletzt von der privaten Industrie riesige, noch gar nicht zu überschende Anforderungen an den Geldmarkt gestellt werden? Wenn dann nicht dem privaten Kapitalisten wenigstens einigermaßen als Gegengewicht ein erheblich verbesserter Rechtsschutz seiner Hypothekensforderungen zur Verfügung gestellt werden kann, dann ist es klar, daß auf lange Jahre hinaus das deutsche Baugewerbe vernichtet wird.

Diese tatsächlichen Gründe beweisen die Notwendigkeit, schon jetzt den Entwurf des Gesetzes zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen in die Tat umzusetzen, und wir bitten das Kaiserl. Reichsjustizamt, die gegen den Erlass einer Kriegsverordnung geäußerten Bedenken fallen zu lassen im Hinblick auf die weitaus größeren Gefahren und Nachteile, die dem deutschen Baugewerbe und der deutschen Volkswirtschaft sonst entstehen.

Wir sind der Ueberzeugung, daß die Veräuflichung unserer Bitte durch das Kaiserliche Reichsjustizamt den Beifall sämtlicher Parteien des Reichstages finden würde. Wir haben die Parteivorstände gebeten, dem Kaiserlichen Reichsjustizamt gegebenenfalls mitzuteilen, daß sie Bedenken gegen die unverzügliche Aenderung der bemängelten gesetzlichen Bestimmungen nicht haben.

Diese Eingabe ist von sämtlichen der Kriegsarbeitsgemeinschaft angeschlossenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden unterzeichnet worden.

### Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten die Kollegen: **Ferdinand Reinitz**, Mitglied der Zahlstelle Bralet; **Josif Steiner** aus Bruchhausen, Mitglied der Zahlstelle Disberg; **Konrad Jaks** von der Verwaltungsstelle Danzig; **Joh. Rudolf Borchert**, **August Drexing** und **August Ellwardt**, Mitglieder der Zahlstelle Poppo (Arbeiter); die beiden letzteren unter gleichzeitiger Beförderung zu Unteroffizieren; **Anselm Fusch** und **Karl Hellmold** von der Zahlstelle Resselröden; **Bernhard Drees** von der Zahlstelle Ahlen, Zimmerer. Das Militär-Verdienstkreuz erhielt der Kollege **Rudolf Oppel** aus Unterbersbach. Zum Offiziersstellvertreter befördert wurde der Kollege **Leon Rodelsinh**, Vorsitzender der Zahlstelle Düsseldorf (Maurer), nachdem er im November zum etatmäßigen Feldwebel befördert wurde und im Januar das Eiserne Kreuz erhielt. Zum Unteroffizier befördert wurde der Kol. **Wilhelm Rother** von der Zahlstelle Broßhüg, Ritter des Eisernen Kreuzes und Inhaber der Silbernen Medaille am Band. Unsern herzlichsten Glückwunsch.

Verichtigung: In Nr. 4 der „Baugewerkschaft“ muß es unter der gleichen Rubrik heißen: **Johann Schaff** (nicht Schaa), Mitglied der Zahlstelle Frankfurt a. M.

**Das „gefährliche Alter“ des Industriearbeiters im Krieg und Frieden.** Die Ausbildung des Landsturms in diesem Kriege hat Tausende von Männern über 40 Jahren zur Verteidigung des Vaterlandes unter die Waffen gerufen. Nicht nur im Garnison- und Etappen-dienst, sondern hier und da auch schon in vorderster Front tun diese „Ältern“ ebenso wie unsere jüngeren Kämpfer ihre volle Pflicht und Schußigkeit. Und daß die Landsturmmänner allen Entbehrungen und Strapazen des Kriegeslebens gewachsen sind, wird von allen militärischen Stellen rückhaltlos anerkannt.

Diese gewiß erfreuliche Tatsache regt in der Arbeiterschaft zu Vergleichen an mit der Behandlung der über 40 Jahre alten Arbeiter im gewerblichen Leben. Es gibt nämlich sehr viele Betriebe, besonders in der Großindustrie, die und da aber auch im Baugewerbe, bei denen Arbeiter über 40 Jahre überhaupt nicht eingestellt werden. Manche Stadtmunicipalitäten haben diese Altersgrenze sogar noch mehr nach unten bemessen. Von Arbeiterschaft ist schon vor dem Kriege gegen dieses System angekämpft worden. Die Erfahrungen dieses Krieges zeigen mit aller Deutlichkeit, wie recht die Arbeiter haben, wenn sie sich dagegen wehren, daß Arbeiter schon mit 40 oder gar 36 Jahren als minderwertig im Wirtschaftslieben bezeichnet werden. Es wäre auch überaus traurig um unsere nationale Volkskraft bestellt, wenn breite Volksschichten schon mit 40 Jahren verbraucht wären und ausgeschaltet werden müßten. Heute steht mancher Landsturmmann auf verantwortungsvollen Posten in Feindesland, der vielleicht früher bei der Arbeitslosigkeitsliste die harte Abweisung hören mußte, daß er „zu alt“ sei, um in dem betreffenden Betriebe Arbeit zu finden. Jetzt dürfte es wohl an der Zeit sein, mit solchen Bestimmungen endgültig aufzuräumen. Die Privatunternehmer wie die städtischen Betriebe, die bisher bei der Einstellung von Arbeitern solche engen Grenzen gezogen haben, werden der Allgemeinheit und dem sozialen Frieden einen Dienst erweisen, wenn sie diese Schranken fallen lassen und auch älteren Arbeitern Existenzmöglichkeiten bieten.

**Ueber die grundsätzliche Bedeutung des Vertriebsmonopols** sind, wie ja zu erwarten stand, mancherlei müßige Kombinationen angestellt worden. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Lensch feiert es („Frankf. Volksst.“) als „den größten praktischen Triumph, den bisher der Sozialismus über den Kapitalismus errungen hat“, und er wünscht, daß für „Interesse unserer Agitation“ mit Nachdruck darauf hingewiesen wird. Zwar kann auch er nicht umhin, zuzugestehen, daß es sich noch nicht um Sozialismus im Sinne der Sozialdemokratie handelt, sondern um „Kriegssozialismus“, bei dem sich noch nicht übersehen lasse, „ob irgend etwas und wieviel den Krieg überdauern wird“. Das hindert ihn aber nicht, seiner Auffassung wie folgt Ausdruck zu geben: „Die kapitalistische Produktionsweise oder, genauer gesagt, die Methode der kapitalistischen Aneignung ist zusammengebrochen: dieses Eingeständnis müssen jetzt angesichts der ganzen Welt die Leute machen, die sich bisher als die berufenen Schützen des Kapitals gefühlt hatten, und denen jede andere Wirtschaftsreform bisher als total unmöglich erschienen war.“

Gerade entgegengesetzt urteilt der „Vorkwärts“. Er erklärt rundheraus, daß Notstandsaktionen, wie das Vertriebsmonopol eine Darstellung, mit Sozialismus nichts zu tun haben. Die Bundesratsverordnung bezwecke nur eine Beschränkung des individuellen Konsums. Eine Beschränkung der individuellen Bedarfsdeckung trete aber notwendigerweise in jeder belagerten Festung ein. Deutschland befinde sich gegenwärtig in der Lage einer

### Die Zukunft der deutschen Baukunst.

Gelegentlich der Kaisergeburtstagsfeier in der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg hielt der Rektor dieser Anstalt eine beachtenswerte Rede, die auch für uns Bauarbeiter mancherlei Lehrreiches enthält. Geh. Regierungsrat Prof. Hugo Hartung gab darin Ausblicke in die Zukunft der deutschen Baukunst.

Der gegenwärtige Krieg, so führte er nach dem Bericht der „Post“ aus, geht gegen das Deutschtum, gegen den deutschen Geist. Dieser bestand sich wieder auf sich selbst und sucht das Fremde abzuweisen, das sich ungebärdig breit gemacht hat. Diese Bewegung wird zu einer Erneuerung des deutschen Volkstums führen. Durch den Krieg verschmilzt das deutsche Volk wieder zu einer einzigen Einheit, die zum Träger der neuen deutschen Kultur wird und eine neue selbständige Baukunst an das Licht bringt.

Die auf dem Grunde einer vollkommen einheitlichen Lebensauffassung beruhende deutsche Baukunst des Mittelalters hatte sich aus der römischen Baukunst entwickelt und war durch Umbildung der überlieferten Einrichtungen und Formen und deren Anpassung an das deutsche Wetter zu ganz neuen und eigenartigen Erscheinungen gelangt, die sich wesentlich von denen des Abendlandes unterscheiden. Der deutsche Bau hatte jenen einheitlichen Zug erhalten, der das wirkliche Kunstwerk immer auszeichnet wird.

Der Zerfall des deutschen Reiches in politische und religiöse Bruchstücke zerriß die Volksgemeinschaft und spaltete die deutschen Stämme der von Italien ausgehenden Bewegung, die römische Baukunst wieder zu beleben. In dem nach dem verhängnisvollen Kriege unterlag das deutsche Volk dem römischen, italienischen und französischen Baugewerbe, welches die deutsche Bau-

kunst blieb von jener Zeit an bis in unsere Tage in unwürdigster Abhängigkeit vom Auslande, besonders von Frankreich.

Die reiche Formwelt der fremden Bauweise verführte zur Ruytechnik, gegen die sowohl vom technischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkte aus Bedenken erhoben sind. Sie verführte auch zu einer „Putschucht“, die von allen kunstliebenden Kreisen lästig empfunden wird.

Die antike Formwelt entspricht nicht dem deutschen Fühlen; sie wird nur mit Mühe erlernt und von dem Mittelgut der Architekten mit wenig Erfolg angewendet. Sie bietet freilich ein festes Gerüst, entzieht aber dem Architekten die freie Bewegung; an ihr gibt es nichts fortzuentwickeln, wenn anders dem Fortworte des Ungeheimnisses ausgewichen werden soll.

Wenn die deutsche Baukunst wieder volkstümlich werden soll, so wird sie wie vormals die mittelalterliche dem deutschen Wetter Rechnung tragen und sich auf die Erfahrungen stützen, die mit den Baustoffen damals gemacht wurden. Diese Erfahrungen nicht zu mißten, hieße ein kostbares Erbe vernachlässigen.

Genau wie der Ingenieur wird der Architekt stets zuerst an die Erfüllung des gerade vorliegenden Bedürfnisses denken und auch den Anforderungen gerecht werden, die von der Zivilisation und der Bequemlichkeit der Gegenwart gestellt werden; er wird die zweckdienlichsten Baustoffe wählen und ihnen diejenigen Maße und Gestalt geben, die sie nach ihren Eigenschaften haben müssen.

Die Folge dieser Auffassung dürfte eine wesentliche Einschränkung des Fassungsvermögens der Baukunst sein und ein erspürtes Aussehen der Bauten. Der Krieg hat vieles ungewollt. Seine Not hat zur Einfachheit und zu ernsthaften Wesen geführt und wird unter dem Namen der Notwendigkeit durch-

Einfachheit und Wahrhaftigkeit werden auch die Merkmale der neuen deutschen Baukunst sein.

### Feldpostbrief.

Werter Kollege! 10. 1. 15

Da ich mein Versprechen einlösen will, sende ich Dir folgende Darstellung über den weiteren Verlauf unserer Kämpfe am Heranal. Es war der vierte Tag. Das Wetter war trübe, ein feiner Regen fiel herab. Unsere „eiserne Portion“ war schon verzehrt. Ich hatte außer einer Schulle Brot keine anderen Lebensmittel bei mir. Der Kaffee aus der Feldflasche war auch schon verschwunden, und wir sahen uns nach Trinkwasser um. Die Granaten hagelten über unsere Köpfe. Da entdeckten wir ein trichterförmiges Loch, wo eine Granate eingeschlagen war, und auf dessen Grund etwas Wasser. So gruben wir noch tiefer, und wir konnten uns über unseren Erfolg nicht genug freuen. Wir hatten nämlich nach einer Stunde das schönste Grundwasser und füllten unsere Mägen und Feldflaschen. Wasser war zwar der ganze Heranal, und auch die Gräben waren davon voll, aber es war nicht genießbar, da die Belgier es mit Petroleum getauft hatten. Wir hatten nämlich den Tag zuvor ganze Häfer gefunden, die nach Petroleum rochen, ebenso das Wasser, auf dem eine Schicht von Petroleum schwamm. Wir hatten es aber trotzdem getrunken, da wir keinen anderen Ausweg für den Durst wußten. Es geschah meist in der Dämmerung, um die Fettsäuren nicht zu sehen und dadurch den Appetit nicht zu verderben. Das letzte Stück Brot war verzehrt, und hin und wieder hörte ich die Frage: „Ist denn die Brücke über den Kanal noch nicht fertig?“ Abends hatten wir zu unserer Freude erfahren, daß die langersehnte „Gulagschlanone“ endlich über Wasser kam, und es hieß auch: „Abendbrot und Lebensmittel holen.“ Es regnete den Abend sehr stark, und der Boden war die schönste Schlamm-



besagten Festung, und daher die Konsumbeschränkung für Brot. Wie in dieser Maßnahme ein Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise erblidbar werden könnte, bleibt dem „Vorwärts“ schleierhaft. Abschließen soll es sein Urteil dahin zusammenfassen: „Die Bundesratsverordnung hat uns recht und schlecht und spät eine Art Staatsmonopol gebracht, aber nicht den halben oder viertel Sozialismus. Es ist nicht einmal der Sieg eines neuen Prinzipals, denn staatliche Monopole gibt es seit langem, in Deutschland wenigstens Ansätze dazu.“

Wie wenig berechtigt die Inanspruchnahme des Getreidemonopols als Zugeständnis an den Sozialismus ist, geht auch aus der Feststellung hervor, die Friedrich Kaumann („Hilfe“, Nr. 5) macht, daß nämlich das Reichsbrotmonopol eine alte Idee sozialistischer und agrarischer Reformen ist. Auch im übrigen zeichnet Kaumann die durch die Bundesratsverordnung geschaffene Lage ganz treffend, indem er sie als „Kriegswang für den Krieg“ charakterisiert und hinzufügt: „Darüber hinaus denkt heute kein Mensch, aber es ist klar, daß der Verlauf des Krieges Getreidemonopols jene alten agrarsozialistischen Gedanken (gemeint ist der „Antrag Kautsk“ vom Jahre 1894, der bekanntlich den staatlichen Ankauf des vom Auslande eingeführten Getreides forderte, und zwar zum Zweck der Preisregulierung. Red.) entgegen stärken oder schwächen wird, je nach den Entscheidungen, die gefasst werden. Freilich, Kriegsverwaltung ist anders als Friedensbetrieb, und man soll vorsichtig sein in seinen Urteilen und Erwartungen.“

**Eine enttäuschte Hoffnung.** Wir verzeichneten bereits vor einiger Zeit eine halbamtliche Aufstellung, die sich über die Gestaltung des sogenannten Arbeitswilligenschutzes im neuen, noch unerschlossenen Strafgesetzbuch in einer merkwürdig unklaren Weise ausdrückte. Nun äußert sich auch die „Deutsche Arbeiterzeitung“ (Nr. 6, 1915) zu dieser für die Arbeiter sehr wichtigen Angelegenheit. Sie wird wesentlich deutlicher. Nach ihr gehört die Forderung eines verstärkten Arbeitswilligenschutzes zu denjenigen innerpolitischen Problemen, die „im allseitigen Einverständnis der Parteien bis zur Wiedertehr ruhiger Zeiten von der gesetzgeberischen und parlamentarischen Behandlung ausgenommen sind“. Wenn jetzt — höchst vorläufig — von der „Reinigung“ zu einem gänzlichen Verzicht auf die früher an maßgebenden Stellen bestehenden Anschauungen gesprochen würde, so könnten derartige Neuerungen vor der Hand auf sich beruhen. „An gut unterrichteter Stelle wird es jedoch für uns ausgesprochen gehalten, daß bei der Reform des Strafgesetzbuches den Arbeitswilligen der Schutz, auf den sie nach Recht und Billigkeit Anspruch erheben dürfen, verweigert werden sollte.“

Damit ist unabweislich ausgesprochen, daß die Bestrebungen zwecks verschärften Arbeitswilligenschutzes nur für die Zeit des Bürgerkriegs verhängbar sind, nach dem Kriege aber wieder im früheren Sinne wirksam werden sollen. Für die organisierte Arbeiterschaft ist das eine schmerzliche Enttäuschung, zugleich aber auch ein Aufruf, auf der Hut und für alle kommenden Dinge gerüstet zu sein.

**Krieger und Krankenklassen.** Bei der Kriegsstagung des Reichstags wurde beschlossen, den Kriegern erstens die Weiterversicherung bei den Waffen und zweitens den Wiedereintritt bei diesen zu sichern. Nach § 3 des Gesetzes vom 4. August 1914 haben Versicherungsberechtigte, auch wenn sie sich im Ausland aufhalten, das Recht, binnen sechs Wochen nach ihrer Rückkehr in die Heimat in die Krankenversicherung wieder einzutreten, sofern sie während des gegenwärtigen Krieges Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste geleistet haben.

Diese Bestimmungen sind nun ergänzt worden. In der diesbezüglichen Bekanntmachung vom 28. Januar

1915 heißt es: Die Vorschrift § 3 des Gesetzes vom 4. August gilt auch für diejenigen, welche zur Zeit ihres Eintritts in Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste für das Reich oder die österreichisch-ungarische Monarchie zwar gemäß § 313 der RVO. zur Weiterversicherung berechtigt waren, von dieser Berechtigung aber keinen Gebrauch gemacht haben.

Die Kasse kann die genannten Personen, wenn sie sich zum Beitritt melden, ärztlich untersuchen lassen. Eine Erkrankung, die bereits besteht, begründet jedoch für diese Krankheit keinen Anspruch auf Renteleistung.

## Von der Kriegs-Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe.

### Mitteilungen des Zentralausschusses.

1. Der Präsident des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat auf die Eingabe des Zentralausschusses vom 22. Dezember 1914 folgende Antwort erteilt:

„Seitens der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sind bisher monatlich mehrere Millionen für Hypotheken ausgegeben worden. Auch für die kommenden Monate sind Millionenbeträge zur Auszahlung vorgemerkt. Sobald die Höhe der Beitragseingänge es zuläßt, wird auch der Befehlungsstätigkeit wieder in entsprechend größerem Umfang nähergetreten werden können.“

2. Den Bezirksausschüssen wird empfohlen, den in ihrem Gebiet befindlichen Kriegskreditkassen durch Eingaben nahelegen, im vaterländischen Interesse selber zu günstigen Bedingungen auch als Baugelder bzw. Hypotheken anzuleihen und dadurch mit zu der so dringend notwendigen Vorsehung der privaten Bautätigkeit beizutragen. Wenn die Zahlungen der Banken das nicht ohne weiteres zulassen, so wird um Abänderung der Zahlungen zu bitten sein, und zwar auch bei den Stadtverwaltungen, die fast überall einen großen Teil des Aktienkapitals gestellt haben. Die Reichsbank hat bekanntlich den Kriegskreditbanken sehr hohe Kredite zugesichert.

3. Der Zentralausschuss hat beim Reichsjustizamt beantragt, einige das Baugewerbe besonders schädigende Mängel der Hypothekengesetzgebung, die das Vertrauen der Kapitaltrügigen Kreise zu der Anlage von Geldern in Hypotheken vollständig erschüttert haben, durch Kriegsverordnung zu beseitigen (siehe Artikel in dieser Nummer). Da diese Angelegenheit voraussichtlich in den Vorbesprechungen der Regierung mit den Fraktionsvorsitzenden des Reichstags erörtert wird, empfiehlt es sich, die den Mitgliedern der Bezirksausschüsse ngestehenden Reichstagsabgeordneten um Unterstützung des Antrages zu bitten.

## Jahresberichte der Bezirke.

**Bezirk Posen.** Mit ewig unverwischbarer Schrift wird das Jahr 1914 in der Geschichte der Welt verzeichnet sein. Denn so lange die Welt steht, haben sich keine so weltererschütternden Ereignisse vollzogen, als wie sie uns das Jahr 1914 durch den uns aufgezwungenen Krieg gebracht hat. Daß dadurch auch die Tätigkeit der Ge-

werkschaften unterbunden wurde, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden. Die tüchtigsten Kollegen wurden fast alle eingezogen, mußten plötzlich ihr Handwerkszeug mit den Waffen vertauschen.

Mit zuversichtlicher Hoffnung auf eine weitere Stärkung des Verbandes traten wir in das Jahr 1914 ein. Die Bautätigkeit, welche im Herbst 1913 sich erfreulich hob, setzte überall gut ein, waren doch für die Heeresverwaltung noch viele Bauten in den größeren Garnisonorten fertigzustellen. So kam es, daß im Frühjahr in allen Orten der Provinz die Kollegen vollauf Beschäftigung fanden. Dadurch hob sich auch das Organisationsleben. Einige Ortsgruppen wurden erheblich gestärkt, so zum Beispiel Trempessen von 28 auf 55 Mitglieder und Jaroschin von 15 auf 62 Mitglieder. Neugründungen wurden vollzogen in Thorn, Dobornik, Schrimm (Bauhilfsarbeiter) und Opalenka, wo bei der Gründung gleich 40 Mitglieder eintraten. Die gesamte Mitgliederzahl stieg von 1597 im ersten auf 1712 im zweiten Quartal. In 23 Orten, wo der christliche Bauarbeiterverband im Bezirk vertreten ist, war der Lohn durch die allgemeine Lohnbewegung von 1913 geregelt. Es war nunmehr unsere Aufgabe, in den neugegründeten Ortsgruppen die noch arg dantiederliegenden Lohnverhältnisse zu verbessern. In Trempessen gelang es uns, auf tüchtigem Wege einen Tarifvertrag mit 11 Pf. Lohnsteigerung auf zwei Jahre abzuschließen. In Schrimm dagegen scheiterten alle Versuche, auf gutlichem Wege einen Tarifvertrag für die Bauhilfsarbeiter abzuschließen, es kam dort zum Streit. Ueber denselben ist in der „Baugewerkschaft“ ausführlich berichtet worden, so daß an dieser Stelle von weiteren Ausführungen Abstand genommen werden kann. In den Orten, wo Tarifverträge bestanden, sind diese auch, abgesehen von einzelnen Arbeitgebern, genau innegehalten worden. Nur in Schönlanke mußten unsere Kollegen einen Tag die Arbeit einstellen, weil die Arbeitgeber sich weigerten, den einen Pfennig Lohnsteigerung zu zahlen.

Auf sozialen Gebieten beteiligten wir uns an der Vorbereitung der Beisteherverwahlen zu dem Eberwärtigungsamt. Die Wahl konnte aber durch den plötzlich ausbrechenden Krieg nicht zum Abschluß gebracht werden. Auch das Gewerkschaftsleben kam zum Stillstand. In den ersten Wochen war durch die vielen Truppentransporte der Bahnverkehr für Zivilpersonen ganz eingestellt. In auch die Grenzorte in den ersten Wochen des Krieges vor einem plötzlichen Einbruch der Russen nicht sicher waren, so erschien es ratsam, die erste Aufregung vorübergehen zu lassen. Nachdem die ersten Schlachten auch im Osten glänzend für unsere tapferen Truppen ausfielen, auch das Baugewerbe sich wieder zu beleben begann, mußte auch wieder begonnen werden, das zerstückelte Gewerkschaftsleben in geordnete Bahnen zu lenken. Durch zwei Rundschreiben wurden die zurückgebliebenen Kollegen über ihre Aufgaben während des Krieges aufgeklärt. Als erste Aufgabe galt es, für die in den Krieg gezogenen Vorstandsmitglieder Ersatzpersonen zu wählen. Dieser Aufgabe sind ersichtlichweise eine Anzahl Ortsgruppen sofort nachgegeben. Diese Ortsgruppen konnten auch pünktlich die Abrechnungen an die Hauptkasse einreichen. In Pirke führte sogar die Frau des Kassierers die Kassengeschäfte weiter, und zwar mit einer Genauigkeit, daß sich verschiedene Kassierer ein Beispiel daran nehmen könnten. Besonders beachtenswert diese Frau eine Anzahl Kollegen in einzelnen Ortsgruppen, welche sich geweigert haben, während des Krieges ihre Beiträge zu zahlen. Daß die Organisation auch während des Krieges die Interessen der Mitglieder vertreten hat, beweisen die hohen Unterstützungssummen, welche an Kranke, Arbeitslose und die Angehörigen der uns Feldgezogenen Kollegen gezahlt wurden. Ferner wurde für die zurückgebliebenen Arbeit nachgewiesen. Wenn auch hervorgehoben werden muß, daß im vergangenen Herbst infolge der vielen für Heereszwecke erforderlichen Bauten und Befestigungsarbeiten Arbeit genügend vorhanden war, so wird sich doch die Arbeitslosigkeit erst in dem kommen-

Ich wurde beauftragt, mit noch ein paar Kameraden Lebensmittel zu holen. Es herrschte eine Stodfinsternis, und die Feldblinde stand zwei Kilometer hinter uns. Wir suchten, der Gegend unkundig, stundenlang den richtigen Weg, und alle Augenblicke lag einer mit seinem zarten Körperchen in der Pfütze. Aus den Wassergräben halfen wir uns gegenseitig heraus. So erreichten wir endlich unser Ziel und bekamen nach vier Tagen wieder etwas Warmes in den Leib. Es wurden frische „Eiserne“ empfangen, Brot, Zigaretten, auch Cognac und Rauchtobak. Dann wurden die Feldblinde gefüllt, und so reichlich beladen kehrten wir zu unseren Kameraden zurück, im anhaltenden Regen. Die Freude war groß, da jeder seinen Mundvorrat schon längst erschöpft hatte. Gegen Morgen hörte der Regen auf; ich war durchnäßt bis auf die Haut. Ich holte mir von einer nahegelegenen Miete trockenes Stroh, denn mein Platz im Schützengraben war voll Wasser, und ich wollte etwas ruhen. Die Wäsche wurde ausgewechselt. Ich legte mich zur Ruhe, um einige Stunden zu schlafen. Die Belgier und Franzosen schossen in ihrer Nervosität fast die ganze Nacht hindurch, so daß man sich nicht ohne Deckung außerhalb des Schützengrabens aufhalten konnte, ein Umstand, der unseren Krantenträgern die Pflicht sehr erschwerte. Es brach der Tag heran, und da kam auch schon der Befehl: „Neunte Kompanie vor!“ Der Feind lag vierhundert Meter vor uns. Wir sprangen aus dem Schützengraben und arbeiteten uns sprungweise vor. Eine Granate fauste über meinen Kopf. Ich warf mich zu Boden, und im selben Augenblick hatte ich schon einen Kopfschmerz im Kreuz, ohne irgendeinen Schaden zu erleiden. Vier Schritte hinter mir sah ich ein großes Loch im Boden, wo die Granate einschlug. Beim nächsten Sprung hatten wir das Granatenfeuer hinter uns und lagen nur noch ungefähr 250 Meter vom feindlichen Schützengraben. Wir pflanzten unsere Seitengewehre auf, und noch einen Sprung, da suchte auch schon der Feind die Seite und vertiefte sich im nächsten Schützengraben.

den er schon vorher ausgeworfen hatte. Wir nahmen den Graben ein, den der Feind verlassen hatte, und blieben die Nacht drin liegen. Hunger und Durst brauchten wir jetzt nicht mehr zu leiden, da eine feste Brücke gebaut wurde, und die Feldblinde sowie die Lebensmittelwagen den Kanal passieren konnten. So hatten wir den vierten Tag wieder Terrain gewonnen.

Die nächsten Tage haben wir wieder um jeden Schritt Boden hart kämpfen müssen. Wir hatten noch einen sechs Meter breiten Graben vor uns. Denselben haben wir nachts überschritten und uns dicht davor verschanzt. Am nächsten Tage, kurz vor Mittag, griffen wir abermals an. Beim zweiten Sprung gelangten wir an einen Wassergraben und suchten dort Schutz, da der Kugelregen zu arg war und unsere Verluste stark zunahmen. Wir saßen halb im Trocknen, die Hüfte herunterhängend im Wasser. So gruben wir, gebückt im Wasser stehend, jeder einen Laufgraben, um ins Trockene zu kommen, was uns auch nach einiger Zeit gelang. Der Feind verteidigte sich jetzt verzweifelt, da es seine letzte besetzte Stellung war. Er hatte Schützengräben am Bahndamm, mit Panzerplatten verdeckt und mit Schießscharten versehen, so daß er, fast sicher vor Granaten und ohne sich sehen zu lassen, sein Ziel aufs Korn nehmen konnte. Es war der achte Tag, wo wir im Kampf waren, und wir wurden den Abend durch frische Truppen ersetzt. Wir zogen uns nach Seede zurück und blieben vorläufig im Alarmquartier. Es war der 28. 10. Die Waffen wurden nachgesehen und in Ordnung gebracht; der Rest des Tages wurde uns als Ruhe vergönnt, da wir auch wirklich ruhebedürftig waren. Aber schon kurz nach Mitternacht, als wir ermüdet im tiefen Schlaf lagen, kam der Befehl: „Neunte Kompanie fertigmachen!“ Ein jeder von uns, seiner Pflicht sich bewußt, stand auch schon nach einigen Minuten marschbereit. Wir marschierten in unsere Stellung zurück, und kurz vor Mittag, den 29. 10., griffen wir wieder an. 500 Meter vor uns lag das Dorf Perwez. Dahinter lag der Feind

stark verschanzt und hielt sämtliche Häuser besetzt. Wir sahen überhaupt keinen Feind, nur hörten wir das Knallen der Gewehre und Maschinengewehre. Wir hatten uns jetzt ziemlich bis ans Dorf herangearbeitet und nahmen auch schon die erste Häuserreihe im Sturm. Die Gewehrflüge flogen die Straße entlang, fast so dicht wie Regentropfen. Sobald der Feind die erste Häuserreihe verließ, hagelte es auch schon Granaten. Der Hauptmann der ... Kompanie mit 15 Mann geriet in Gefangenschaft. Wir flüchteten in die Häuser. Nach einer Weile, als das Granatenfeuer nachließ, sehen wir einen französischen Parlamentär die Straße entlang kommen. Er näherte sich uns, und wir warteten der Dinge, die da kommen sollten. Wir errieten auch seine Absichten, denn er forderte uns auf, sich zu ergeben, widrigenfalls sie die ganzen Häuser, worin wir Schutz gesucht hatten, zu Trümmern schießen würden. Wir willigten nicht ein und nach einiger Zeit hatten wir auch schon einen Hagel von Granaten. Wir arbeiteten uns dann von Giebel zu Giebel, die Wände durchbrechend, und zogen uns am Abend in unsere alte Stellung zurück. Verschiedene Kameraden, die verwundet waren und wir im Dunkeln nicht finden konnten, gerieten in Gefangenschaft. So hatten wir in zehn Tagen ungefähr 8 Kilometer an Boden gewonnen, an 600 Gefangene gemacht und Waffen und eine Menge Munition erbeutet. Unsere Verluste waren jedoch auch bedeutend. Wir blieben dann sechs Tage im Quartier und marschierten weiter links. Trotz unserer schweren Verluste haben wir die Hoffnung nicht verloren. Unsere Sache steht überall günstig: Belgien haben wir fast ganz, die Franzosen und Russen sind zum Teil besetzt, trotz ihrer großen Heermacht. England und Portugal kommen auch noch an die Reihe. Und nun mit Gottes Hilfe weiter für Kaiser und unser teures Vaterland!

Mit herzlichem Gruß Dein  
Stanislaus Späthmann.



den Frühjahr bemerkbar machen. Hier ist seitens der Organisationskommissionen vorgearbeitet worden, indem sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände zu einer Kriegsarbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben. Der Vorsitzende ist Herr Dr. Adler aus Posen. Ortsausschüsse sind bisher in Posen und Bromberg gebildet. Ferner sollen noch in Schneidemühl, Posen, Gnesen und Ostrowo Ortsausschüsse gebildet werden. Auch ist für die Provinz ein Bezirksausschuss gegründet worden, welcher in Bromberg am 21. Januar d. J. seine erste Sitzung abgehalten hat. In Posen fand am 13. November eine größere Sitzung statt, zu welcher der Vorsitzende auch die Vertreter der Behörden eingeladen hatte. An die baulichen Behörden ist eine Eingabe gerichtet worden.

Alle diese Arbeiten wurden im Interesse der Kollegen gemacht und erforderten seitens der angestellten Kollegen eine Menge Arbeit. Wenn auch während des Krieges weniger Versammlungen stattfanden, so gab es doch eine Fülle von Arbeit zu erledigen. Außer den Fahrten, welche zur Auszahlung der Unterstützung erforderlich waren, nahm der Bezirksleiter teil an 65 Mitglieder- und 4 öffentlichen Versammlungen, 28 Vorstand- und 4 Vertrauensmännerversammlungen, 32 Kassenrevisionen, 13 Kartellversammlungen, 11 Sitzungen mit den Arbeitgebern, dreimal vertrat er die Interessen der Kollegen vor dem Amtsgericht und einmal vor dem Oberverwaltungsamt. In 15 Fällen wurden in verschiedenen Streitfällen Schriftsätze angefertigt, welche für die Kollegen erfolgreich waren. Der schriftliche Verkehr war außer einer Menge von Selbstpostbriefen auch sehr umfangreich. Der Ausgang war: 359 Briefe, 406 Postkarten, 5 Telegramme, 338 Drucksachen, 8 Pakete, 17 Postanweisungen.

Das ist ein kurzer Rückblick auf das hinter uns liegende Jahr. Was das neue Jahr uns bringen wird, hängt von der Dauer und dem Endergebnis des Krieges ab. Wir alle wollen dazu beitragen, daß wir siegreich aus dem Kampfe hervorgehen. Wägen alle diejenigen Kollegen, welche aus übergroßer Furcht und Zaghaftigkeit ihre Verbandspflichten vernachlässigt haben, im neuen Jahre das Versäumte nachholen. Allen freudigen Mitarbeitern sei an dieser Stelle herzlich gedankt, zugleich mit der Bitte, auch im neuen Jahre mit dem gleichen Eifer an der Erhaltung und Ausbreitung der Organisation mitzuarbeiten. Dann können wir getrost und voll Zuversicht in die Zukunft schauen. Und wenn, wie wir alle hoffen, in nicht allzu ferner Zeit unsere Kollegen siegreich vom Kampfe in die Heimat zurückkehren, können wir ihnen, ohne uns schämen zu müssen, die Hand zum Willkommen reichen und sagen: „Auch wir haben unsere Pflicht getan!“

Posen, den 3. Februar 1916.

Heinrich Müller, Posen, Schwalbenstr. 10, Fernruf 1301.

## Verbandsnachrichten


**Dortmund.** Am Sonntag, den 31. Januar, fand im Lokale Kroll unsere Verwaltungsstellen-Konferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahrestätigkeits- und Jahreskassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag, 4. Verschiedenes. Zunächst gedachte der Vorsitzende der geschehenen Kollegen. Hierauf erstattete der Kollege Petri den Jahrestätigkeitsbericht. Einleitend erhob er hervor, daß wir als Bauarbeiter große Hoffnungen auf das nun hinter uns liegende Jahr 1914 gesetzt hatten. Im ersten Halbjahr seien unsere Hoffnungen auch in Erfüllung gegangen, die erwartete Belebung des Baugewerbes trat ein. Es wurden in der Stadt Dortmund Bauerlaubnisse erteilt vom 1. Januar bis zum 1. April 271, davon für Wohnhäuser 101; vom 1. April bis 1. Juli 371, davon 143 für Wohnhäuser; vom 1. Juli bis 1. Oktober 175, davon 35 für Wohnhäuser; vom 1. Oktober 1914 bis 1. Januar 1915 59, davon 4 für Wohnhäuser. Vom letzten Vierteljahr ist ein Teil nicht ausgeführt worden. Es liegen jetzt für das Jahr 1915 noch 193 Baugesuche vor, deren Ausführung vom Geldreichte abhängt. So wie in der Stadt war es auch auf den Dörfern. Entsprechend der regen Bautätigkeit gestaltete sich auch das Verbandsleben. Es wurden im Berichtsjahre 1062 Kollegen neu aufgenommen und 122 traten aus anderen Verbänden zu uns über. Davon entfallen auf das erste Halbjahr allein 871 Aufnahmen und 107 Uebertritte. Die Mitgliederzahl gestaltete sich in den einzelnen Quartalen wie folgt: 1. Quartal 2436, 2. Quartal 2661, 3. Quartal 1017 und am 21. Dezember waren noch 774 Mitglieder vorhanden. Zur Kasse einberufen sind circa 800 Kollegen, ein großer Teil ist in die Heimat gereist und der Rest des Abgangs ist jahreslänglich geworden. Der Krieg hat große Lücken im Vorstand- und Vertrauensmännereapparat gerissen, ist es doch nicht selten vorgekommen, daß diese Ämter dreimal hintereinander erneuert werden mußten. Wir haben durch den Krieg Leute kennen gelernt, die sofort nach Ausbruch des Krieges aus den Räden lehrten, trotzdem sie schon seit bis zehn Jahre Mitglied waren. Aberzeitlich sind aber auch sehr viele alte Kollegen wieder in den Dienst unserer guten Sache getreten, ja hier haben die Vertrauensmännerestellen ihrer Ehre übernommen; in Gehringhof hat die Frau unseres Kassierers die Kassenschlüssel ihres eingezogenen Mannes übernommen und vortrefflich ausgeführt. Dieses bezeugt uns zu der Hoffnung, daß wir den Verband während des Krieges hochhalten werden und mit den Jahrestätigkeiten werden unsere aus dem Kriege zurückkehrenden Kollegen schon ein erhebliches Wort reden.

— **Sager der Vertrauensmännere der Ortsverbände ist aus Herr Langhans nach Gehringhof:**

Mitgliederzahl, in deren Bericht gehalten wurden, haben 135 Post Karten erhalten sie mit

an 32 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen, 5 Bauhelfversammlungen, 13 Verwaltungsstellen- und Bezirkskonferenzen, 3 Sitzungen mit anderen Verbänden, 6 Schlichtungskommissionensitzungen, 3 Verhandlungen betr. den Fuhrmannstreit, 3 Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft, 5 Sitzungen mit dem städtischen Arbeitsnachweis und Stadtverwaltung betreffs des Arbeitsnachweises, 2 Lohnkommissionensitzungen der Holzerer, 16 Vorträge wurden gehalten in Vereinen und anderen Berufen, sonstige Sitzungen fanden 12 statt, Kartellsitzungen und Kartellkonferenzen 9, Vertretungen am Gewerbegericht 7, statistische Aufnahmen wegen Stilllegung von Bauten aus Anlaß des Krieges 2, wegen Mißständen an Bauten wurden dies in 25 Fällen gerufen. Die Eingaben aus Anlaß des Krieges sollen nach dem Kriege zusammengestellt werden. Die Sperren, die wegen Nichtanerkennung des Vertrages verhängt werden mußten, sind sämtlich mit vollem Erfolg beendet.

Den Kassenbericht gab der Kollege Euler. Auch er konnte Erfreuliches berichten. Die Einnahmen betrugen 83 032,46 M., die Ausgaben 52 581,23 M., somit verbleibt ein Lokalkassenbestand von 32 471,23 M. Von den Ausgaben sind in bar an die Zentrale gesandt 29 540,02 M. Kollege Euler hat die Kassenkassiererei, auch in Zukunft die Pünktlichkeit beizubehalten, besonders da er auch in aller nächster Zeit einberufen werden könne. Die Revisoren erklärten, alles in bester Ordnung gefunden zu haben und beantragten die Entlastung, welche einstimmig erteilt wurde. An diese beiden Berichte knüpfte sich eine lebhafte Diskussion an in zustimmendem Sinne. Die Vorstandswahl ging glatt von statten. Es wurden ge-



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

<b>Josef Wahlisch.</b>	Zahlstelle <b>Darger.</b>
<b>Johann Pusdrowski.</b>	Zahlstelle <b>Zoppot.</b>
<b>Anton Hartmann.</b>	Zahlstelle <b>Berge.</b>
<b>August Wiegand.</b>	Zahlstelle <b>Raddorf.</b>
<b>Johannes Pittsch,</b> <b>Ewald Schreiner,</b> <b>Fritz Groß,</b> <b>August Schallach.</b>	Zahlstelle <b>Darmen.</b>
<b>Johann Effer aus Raßem.</b>	Zahlstelle <b>Loebenich.</b>
<b>Carneßky.</b>	Zahlstelle <b>Hamm i. W.</b>
<b>Josef Schulz.</b>	Zahlstelle <b>Berlin, Ruger.</b>
<b>Heinrich Platte.</b>	Zahlstelle <b>Dortmund, Klefenleger.</b>
<b>Mendrysha.</b>	Zahlstelle <b>Dortmund, Bauhilfsarbeiter.</b>

Durch den Krieg wurden uns bisher 593 brave Kollegen entzissen.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Am 22. Januar starb nach 2 1/2-jähriger Krankheit unser treuer Kollege **Wilhelm Erogemann** im Alter von 28 Jahren infolge Lungentuberkulose.

Zahlstelle **Döfen (Westf.).**  
Ehre seinem Andenken!

wählt bzw. wiedergewählt: Als 1. Vorsitzender Kollege Petri, als 2. Kollege **Delbed-Hörde**, als 1. Kassierer Kollege **Euler**, als 2. **Widhaus**, als Schriftführer die Kollegen **Ahrenhöfer** und **Emingha-Dünen**, als Beisitzer die Kollegen **Kraft** (Bauhilfsarbeiter), **Dohmann-Drambauer**, **Kolezinski** (Zimmerer) und **Zentgraf** (Klefenleger); als Revisoren **Wegener**, **Kreßler** und **Winnud**. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Hierauf hielt Kollege **Koch-Dochum** einen sehr interessanten Vortrag über Wohlfahrtspflege während der Kriegszeit. In der Hand von Beisitzern zeigte er uns, wo und wie wir uns als Gewerkschaftler betätigen können und müssen. Wir müssen den Familien unserer im Felde stehenden Kollegen mit Rat und Tat beistehen. Sodann legte Redner die Bestimmungen der staatlichen Wochenbeihilfe für Wohnungsmieter klar und empfahl, die erforderlichen Bescheinigungen selbst zu besorgen, da die Frauen manchmal nicht wüßten, wie sie es anzufangen haben. Der Redner erzielte reichen Beifall für seine Ausführungen. Zur Punkte Verschiedenes wurden noch einige Anträge erledigt. Der Antrag, die Streifenunterstützung beim Fuhrmannstreit aus der Lokalkasse zu übernehmen, wurde abgelehnt. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen **Petri**, der nochmals allen, die im vergangenen Jahre mitgearbeitet haben, den herzlichsten Dank abstattete, wurde die sehr ausgedehnte vertrauliche Konferenz nach 3 1/2-stündiger Dauer geschlossen.

**Schlusß.** (Mauer.) Am 31. Januar tagte im Verbandslokale bei Gahr unsere diesjährige Generalversammlung. Der Vorsitzende **J. Wendlich** gedachte in einer Rede der letzten und verwundeten Kollegen im Kriege, deren Andenken durch Erheben von den Hägen geehrt wurde. Redner beschloß weiter die außer-

statutarische Arbeitslosen- sowie Kriegsunterstützung, die in unserer Zahlstelle die Summe von 350 M. betrug. Diese wirtschaftliche Beihilfe wurde allgemein dankbar gewürdigt. Redner forderte die Kollegen auf, auch in diesem Jahre nicht zu verzagen, denn „noch ist Polen nicht verloren“. Jedenfalls hätten wir keine Ursache, dem Verbande christlicher Bauarbeiter untreu zu werden. In der Diskussion forderte Kollege **Aug. Zendrike** die Kollegen auf, im Beitragszahlen ihm keine Schwierigkeiten zu machen, denn pünktlich wurde die Unterstützung gezahlt, pünktlich müssen wir auch die Beiträge zahlen. Im Schlußwort mahnte der Vorsitzende zu geschlossener Einigkeit sämtlicher Kollegen.

**Honnef, 17. Januar 1916.** Heute hielt unsere Ortsgruppe die monatliche Mitgliederversammlung ab. Dieselbe war ziemlich gut besucht. Kollege **Krummenast** gab den Bericht vom IV. Quartal und den Jahresbericht. Aus dem Jahresbericht ging folgendes hervor: Die Gesamteinnahme betrug 1488,85 M. An Unterstützungen wurden gezahlt für Streik in Honnef 445,00 M., für Streik in Königswinter 268,54 M., an Gemäßregeltenunterstützung 14,70 M., Krankenunterstützung 2,50 M., Kriegerunterstützung 230,00 M., für Liebesgaben-Pakete 51,10 M., an sonstigen Ausgaben waren vorhanden für Hauskassierung 94,71 M., für Porto und Schreibmaterial 19,55 M., Inserate und Drucksachen 35,36 M., Versammlung der Lokalverwaltung 18,67 M., Familien-Abend 22,30 M., sonstige Ausgaben 11,80 M. Der Gesamteinnahme von 1488,85 M. stand mithin eine Gesamtausgabe von 2214,23 M. gegenüber. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 30,01 M. Anschließend an den Kassenbericht wies der Vorsitzende Kollege **Lange** auf die errungenen Erfolge hin und ermahnte, recht bedacht zu sein, daß die Organisation stark gehalten werde, damit das Errungene nicht wieder preisgegeben werden müsse. Er dankte dem Kassierer und allen Vertrauensmännern, die so treu und rethlich in der Organisation mitgearbeitet haben. Da Kollege **Krummenast** auswärts arbeitet, hat er, es möge an seiner Stelle ein anderer Kollege gewählt werden. Es übernahm dann der Kollege **Schäfer** den Kassiererposten. Der Vorsitzende Kollege **Willebach** gab bekannt, daß drei Mitglieder der Zahlstelle für ihre Tapferkeit das Eisene Kreuz erhalten haben. Nach einem Vortrage des Kollegen **Lange** über die Vorstände darauf hin, daß die Honnefer Bauarbeiter es den ins Feld gerückten Kollegen schuldig sind, treu zur Organisation zu halten, damit diese die Opfer und Strapazen nicht umsonst zu bringen brauchen. Bei ihrer Rückkehr müßten sie die Organisation geschlossen vorfinden. Hierauf wurde die interessante Versammlung geschlossen.

**Rheine.** Am Sonntag, den 17. Januar, hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß unsere Zahlstelle auch im verflohenen Jahre allen Stürmen standgehalten hat. Die Konjunktur war im ersten Halbjahr eine ziemlich gute, im zweiten Halbjahr jedoch eine außerordentlich schlechte. Im Verur sind jetzt noch kaum ein Fünftel der Mitglieder beschäftigt. Die Kollegen haben es aber verstanden, sich andere Arbeit zu verschaffen und zahlen ihre Beiträge pünktlich, was aus dem Kassenbericht klar hervorging. Nachdem der Kassierer auch einen zufriedenstellenden Jahresbericht gegeben, wurde ihm Entlastung erteilt. In der darauffolgenden Diskussion ergriff so mancher Kollege das Wort und wünschte, daß der nächste Jahresbericht auch so gut ausfallen möge. Sämtliche Anwesenden versprachen, ihre Kräfte in den Dienst der Organisation zu stellen, um auch in Zukunft den Bauarbeiterverband über alle kritischen Zeiten hinwegzubringen. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, einen Vorstand nur für die Dauer des Krieges zu wählen. Die dann vorgenommene Wahl hatte das Ergebnis, daß im Amte des 1. Vorsitzenden und des Kassierers keine Veränderung eintritt. Alle anderen Vorstandsposten mußten neu besetzt werden, da die betreffenden Kollegen zu den Fahnen geeilt sind. Nach Erledigung der Wahl hielt der Kollege **Müller-Münster** einen sehr lebhaften Vortrag über Krieg und Arbeiterbewegung. Er führte uns so recht vor Augen, wie glücklich und schnell sich die christlichen Gewerkschaften den neuen Verhältnissen angepaßt haben. Er kam dann auf die Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe zu sprechen, die so recht beweist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer oft die gleichen Interessen haben, und er knüpfte daran den Wunsch, daß die Arbeitsgemeinschaft dazu beitragen möge, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich gegenseitig besser kennen lernen, um nach dem Kriege besser zu einer Verständigung kommen zu können. Weiter wies Kollege **Müller** auf die Maßnahmen der Regierung zur Streckung des Wotgetreides hin. Es sei unser aller Pflicht, genau nach den Vorschriften zu verfahren und bei der Umgebung darauf zu achten, daß auch dort die Vorschriften streng beachtet werden. Bei der darauf einsetzenden lebhaften Diskussion wurde von allen Seiten auf die große Bedeutung dieses Gesetzes hingewiesen und Davidverhandlungen einiger Einwohner scharf beurteilt. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell an die Mitglieder zu kräftiger Mitarbeit im Verbande, zum Segen der Bauarbeiter.

**Verwaltungsstelle Leistungen.** Am 31. Januar 1915 wurde unsere Generalversammlung abgehalten. Die Tagesordnung war folgende: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Nachdem der Jahresbericht erstattet und dem Kassierer Entlastung erteilt war, ging man zur Vorstandswahl über. Es wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt Kollege **Gottlieb Uebe**, als Stellvertreter **Joseph Heine I.**, als Kassierer **Joseph Heine II.**, als Schriftführer **Anton Wiegand**, als Schriftführer **Karl Bod I.** Als Revisoren wurden die Kollegen **Karl Bierwisch** und **Gottlieb Rittner** gewählt. Alle Kollegen nahmen die Wahl an. Es wurde noch „Verschiedenes“ erledigt und dann um 6 Uhr die Versammlung vom 1. Vorsitzenden **Gottl. Uebe** geschlossen.